

Der Weltfriedensrat als Träger sowjetischer Friedensideologie

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-56377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3. Der Weltfriedensrat als Träger sowjetischer Friedensideologie

1948 veranstalteten die Sowjets in Polen den «Welt-Intellektuellenkongress für den Frieden». Daraus erwuchs der «Erste Weltfriedenskongress», der 1949 in Paris das «Weltkomitee der Friedensstreiter» ins Leben rief. Diese Organisation gab sich 1950 den Namen «Weltfriedensrat». Noch war es der UdSSR nicht gelungen, die Atombombe zu bauen. Das erste Ziel des Weltfriedensrates (WFR) war deshalb die Anti-Atompropaganda. 1951 wurde der WFR wegen Subversion aus Frankreich ausgewiesen. Über Prag gelangte der WFR 1954 nach Wien, musste jedoch 1957 wiederum wegen subversiver Umtriebe Österreich verlassen. 1968 schlug er sein Hauptquartier in Helsinki auf. Generalsekretär ist der indische Kommunist Romesh Chandra. 1979 beschlossen er und das Präsidium des WFR einmütig, Leonid Breschnew, dem Zentralsekretär der KPdSU, die höchste Friedensmedaille in Gold zu überreichen, was das besondere Verhältnis des WFR zu Moskau illustriert. In den über 30 Jahren seines Bestehens ist der WFR nie von der jeweils geltenden Linie Moskaus abgewichen. Die Aufstände in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 waren für den WFR keine Themen. Er billigte auch den Einmarsch in Afghanistan. Der Weltfriedensrat führt in der Regel jährlich einen Kongress durch, an welchem ein Ak-

tionsprogramm verabschiedet wird. Zur Illustration der Geisteshaltung des WFR möge der Kongress des Jahres 1983 dienen, der vom 21. bis 26. Juni in Prag stattfand. Er war als «offener, allen Gruppen und Einzelpersonen, ungeachtet ihrer ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen, zugänglicher Dialog» deklariert worden. Die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung «Charta 77» hatte um Teilnahme gebeten. Sie wurde jedoch ausgesperrt mit der Begründung, dass diese Gruppe gegen Regierungen arbeite, die sich bereits konstruktiv für Frieden und Abrüstung einsetzten. SPD-Abgeordnete und Grüne aus der BRD, die sich mit Vertretern der «Charta 77» treffen wollten, wurden von der Geheimpolizei daran gehindert. Film- und Tonmaterial westlicher Reporter wurde beschlagnahmt.

Die verabschiedeten Aktionsprogramme sind stets einseitig und ausschliesslich gegen Länder des Westens und der Dritten Welt gerichtet. Im Einflussbereich Moskaus ist nach Auffassung des WFR nichts verbesserungsfähig.

Mit Vehemenz wurde so der WFR aktiv in der Propaganda gegenüber den Rüstungsanstrengungen der westlichen Staaten, die lautstark verurteilt

Sowjetische Einflussnahme über Frontorganisationen

Führungsanspruch und Führungsrolle der KPdSU in den internationalen «gesellschaftlichen Organisationen» werden über nationale «gesellschaftliche Organisationen» durchgesetzt:

Nachstehend einige der wichtigsten Frontorganisationen mit der sowjetischen Mitgliedsorganisation.

Frontorganisation	Sitz	Sowjetische Mitgliedsorganisation
Weltfriedensrat (WFR)	Helsinki	Sowjetisches Friedenskomitee*
Christliche Friedenskonferenz (CFK)	Prag	Auslandsabteilung des Moskauer Patriarchats der Russisch-orthodoxen Kirche
Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ)	Budapest	Komitee der Jugendorganisationen
Internationaler Studentenbund (ISB)	Prag	Sowjetischer Studentenrat
Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ)	Brüssel	Vereinigung Sowjetischer Juristen
Internationale Journalistenorganisation	Prag	Sowjetische Journalistenunion

1979 haben diese Frontorganisationen 63 Millionen Dollar Unterstützung erhalten (Bericht des Repräsentantenhauses der USA 1980).

* Vorsitzender ist Georgij Aleksandrowich Schukow, Chefkomentator der «Prawda»

werden. Besonders massiv wurden gemeinsam mit den kommunistischen Parteien des Westens folgende Kampagnen lanciert und durchgeführt:

1950/51 gegen die Schaffung der Bundeswehr in der BRD, Anti-Adenauer-Kampagnen;

1959/60 gegen die taktische Atombewaffnung der europäischen Natokräfte, Anti-NATO-Protestbewegung, Ostermärsche;

1970/73 Anti-Vietnam-Kampagne gegen das amerikanische Engagement in Vietnam; Goodwill-Kampagne für Brandts Ostverträge;

1980/84 Mitträger der Friedenskampagnen gegen den NATO-Doppel-Beschluss, Mitorganisation der grossen Friedensdemonstrationen in Bonn und in Bern 1981 und 1983, in der Schweiz durch die Ableger des WFR: die «Schweizerische Friedensbewegung».

4. Die Friedenswelle 1980–1983 in Westeuropa am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

1977 kündigte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer berühmt gewordenen Rede eine neue Forderung an: Die neuen russischen eurostrategischen SS-20-Raketen seien in die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen miteinzubeziehen. Da dies von Moskau strikte abgelehnt wurde, verabschiedeten am 12. Dezember 1979 die NATO-Partnerländer folgenden Doppelbeschluss:

– In einer ersten Phase sei mit der UdSSR über die Reduzierung der eurostrategischen Waffen zu verhandeln, und zwar bis Ende 1983.

– Sollten die Verhandlungen bis zum Herbst 1983 ohne Ergebnisse bleiben, würden die NATO-Partner 464 Cruise Missiles (Marschflugkörper) und 108 Pershing-Raketen stationieren.

Moskau reagierte und versuchte auf dem politischen Parkett, diesen Doppelbeschluss zu Fall zu bringen: Mit einer einmaligen Friedenskampagne und einem Basisaufstand der Massen sollte die politische Realisierung einer Nachrüstung in Europa verunmöglicht werden. Die Stationen dieser Bewegung seien stichwortartig erwähnt:

– **23. bis 27. September 1980:** Weltparlament der Völker für Frieden und Fortschritt in Sofia, veranstaltet vom Weltfriedensrat. Die 2260 Abgeordneten verabschiedeten das Aktionsprogramm 1981 mit folgender Zielsetzung:

«Dieses Programm ist bestrebt, 1981 zum Jahr der entscheidenden Offensive der Friedenskräfte und die 80er Jahre zum Jahrzehnt der neuen Siege für Frieden, Abrüstung und Entspannung, für nationale Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu machen».

– **15. und 16. November 1980:** Das 1. Krefelder Forum (veranstaltet von der Deutschen Friedensunion, DFU) verabschiedet den Krefelder Appell.

Bereits am 4. Dezember 1979 hatten sich Vertreter des Direktoriums der DFU mit dem Direktorium der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) getroffen und gemeinsam die Bundesregierung aufgefordert, den Nachrüstungsplan abzulehnen. Die DFU und das «Sowjetische Friedenskomitee» hatten sich zugleich gegen die «Lüge von der Gefahr aus dem Osten» gewandt.

Die DFU verstand sich nur als Initiator des Krefelder Forums. Getreu den taktischen Bündnisgrundsätzen sollten sich möglichst breite Volkskreise gegen die Nachrüstung aussprechen mit Unterschriften und Volksbefragungen. Millionen unterschrieben in der Folge den Appell mit den zwei entscheidenden Untertiteln:

«Atomtod bedroht uns alle –

Keine Nachrüstung auf deutschem Boden»

– **4. April 1981:** Erste Anti-NATO-Demonstration in Bonn anlässlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Aufgerufen dazu hatte das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ). Dieses Komitee war bereits 1974 als organisatorische Konsequenz des Moskauer «Weltfriedenskongresses» gegründet worden und koordinierte in den Folgejahren zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Sitz des KFAZ ist die Adresse des Pahl-Rugenstein-Verlags in Köln, der Mitglied der DKP-Nebenorganisation «Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler» ist.

– **10. Oktober 1981:** Grossdemonstration mit über 300 000 Teilnehmern in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, bei der die zahlenmässig kleine DKP der BRD im organisatorischen Bereich massgebend die Fäden in der Hand hielt. Von den 15 deutschen Rednern der Auftaktveranstaltungen kamen mindestens sechs aus dem linksextremen